

Anfrage des Gesamtelternbeirats der Karlsruher Kindertagesstätten (GKK) an die Kandidatinnen und Kandidaten des Bundestagswahlkreises Karlsruhe-Stadt

Partei: FDP

Kandidat: Philipp Berner

Rückmeldung:

Guten Tag Herr Lange,

Leider habe ich es erst jetzt geschafft, auf alle Fragen zu antworten.

Da viele der Fragen von der FDP mit den gleichen Maßnahmen beantwortet werden und ich mich nicht so oft wiederholen wollte, habe ich mit meinen Kollegen eine Antwort auf alle 5 Fragenblöcke zusammengestellt:

Wir planen den Ausbau des Kitaplatzangebots durch mehrere unterschiedliche Maßnahmen:

- Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse soll durch die Digitalisierung und Entbürokratisierung der Anerkennungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Die FDP betont die Bedeutung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.
- Der Aufbau zusätzlicher Betriebskindergärten durch den Staat gefördert werden.
- Die Kindertagespflege soll als weitere Säule der Kindertagesbetreuung gestärkt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausbildung für Personal im frühkindlichen Bereich attraktiver gestaltet wird, indem wir die pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildungen grundlegend modernisiert. Dazu gehört, die Erzieheraus- und Weiterbildung generell schulgeldfrei zu stellen und angemessen zu vergüten. Zudem sollen die Ausbildungskapazitäten der Länder erhöht werden, um mehr Menschen den Zugang zur Ausbildung zu ermöglichen. Die Ausbildung soll modularisiert werden, um die Ausbildungsqualität bundesweit auf ein hohes einheitliches Niveau anzuheben.

Den Ausbau des Kitaplatzangebots planen wir durch die Einführung bundeseinheitlicher Kita-Qualitätsstandards zu unterstützen. Diese Standards umfassen einen bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel, der pädagogische Arbeit, administrative Aufgaben und Ausfallzeiten berücksichtigt. Zudem soll überflüssige Bürokratie abgebaut und der Einsatz von multiprofessionellen Teams gefördert werden, um das Erziehungspersonal zu entlasten.

Die Verantwortung für Kitas soll vom Familien- in das Bundesbildungsministerium überführt werden, um eine ganzheitliche Verantwortung für den Bildungsweg von der Kita bis zum Bildungsabschluss zu gewährleisten.

Ein Startchancen-Programm für Kitas soll zusätzlich dort unterstützen, wo ein hoher Anteil sozial benachteiligter Kinder oder ein akuter Kita-Platzmangel besteht. Diese Anpassungen werden zur Stabilisierung der Öffnungszeiten der Einrichtungen beitragen.